„Griechen schaden sich bei Nein selbst“

EU-Experte Florian Baumann über das griechische Referendum und die Folgen für Europa **VON OLIVER MAKSAN**

FLORIAN BAUMANN forscht am Centrum für angewandte Politikforschung der LMU in München. Foto: Archiv

Herr Baumann, Griechenlands Ministerpräsident will das Volk in Sachen Sparkurs befragen. In der EU herrscht helle Aufregung. Was ist so falsch daran, die Bürger über eine nationale Schicksalsfrage abstimmen zu lassen?

Grundsätzlich spricht natürlich nichts dagegen, die Bevölkerung an solchen Entscheidungen partizipieren zu lassen. In diesem Falle aber sind die Einschnitte etwa für Beamte und Rentner so massiv, dass eine Zustimmung sehr unwahrscheinlich ist. Für den Fall der Ablehnung des Sparpakets ist es für die Griechen aber nicht möglich, die Absprachen mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds einhalten zu können. Damit wäre eine Auszahlung der Hilfsgelder unmöglich und der Staatsbankrott die unvermeidliche Folge.

Könnte man sagen, dass Europa bei einem Nein der Griechen in Geiselhaft genommen wird?

Nein. Die Griechen schaden sich vor allem selbst. Wenn sie in einem Referendum das Sparpaket ablehnen, dann werden sie wohl oder übel den Euro verlassen und sich dann anderweitig sanieren müssen. Das heißt aber auch: ohne die Gelder der EU und des IWFs.

Und Sie befürchten keine Folgen für die Stabilität des Euro?

Ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion wäre eine immense Belastungsprobe für die Euro-Zone, aber auch für die EU insgesamt. Ein zwangsläufiges Scheitern beider Integrationsräume sehe ich dadurch aber nicht vorprogrammiert, da ein Austritt Griechenlands aus der gemeinsamen Währung auch eine gewisse Entlastung mit sich bringen würde. Entscheidend ist dann, ob die verbleibenden Euro-Staaten die Krise als Anlass für eine Vertiefung und Stärkung der Integration nutzen, etwa in Form einer Wirtschaftsregierung, oder ob es zu einer reflexhaften Panik kommt. Dann wären der Euro und die EU tatsächlich in Gefahr.

Nun leidet die EU doch an einem Demokratiedefizit. Es ist im wesentlichen ein Europa der technokratischen Eliten, das entscheidet. Stört das Volk beim Regieren?

Ich glaube, dass das zwei Fragen sind, die man letztlich getrennt behandeln muss. Das eine ist das tatsächlich vorhandene Demokratiedefizit, das andere ist die Unglaubwürdigkeit der handelnden Eliten. Europa ist tatsächlich ein Elitenprozess. Es ist als solcher entstanden und hat, auch das muss man sagen, mit Zustimmung der Bürger auch lange so funktioniert; das hat in die Wissenschaft ja auch unter dem Schlagwort des permissive consensus Eingang gefunden. Solange Europa Resultate geliefert hat, die wirtschaftliche Entwicklung positiv war, solange es Stabilität und Sicherheit gab, war die Zustimmung der Bürger da. Das wird mittlerweile zunehmend in Frage gestellt, vor allem, weil sich die Regierenden so offensichtlich von Krise zu Krise hangeln und an Glaubwürdigkeit verlieren. Dennoch ist sowohl für die einzelnen Mitgliedstaaten als auch in der EU als Ganzes eine direktdemokratische Entwicklung ausgeschlossen. Die gegenwärtigen Entwicklungen, vor allem auf Betreiben der EU-Institutionen, weisen aber schon den Weg in Richtung zu mehr Transparenz und Partizipation.

Weil die Fragen zu komplex sind und man schnell reagieren muss?

Ja. Weil die Fragen zu speziell sind, der Zeitdruck häufig groß und die Auswirkungen auf einen so komplexen Organismus wie die EU nicht schnell durchschaubar sind. Denkbar sind aber Referenden über die grundsätzliche politische Ausrichtung.